

Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

Dienstzeit: Nachrichten Dresden
Fremdschriften-Gemmennummer: 25241
Für die Nachschubdrucke: Nr. 25241
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L. Marienstraße 88/42

Besonderheiten: Bei täglich zunehmender Auflösung monatlich 2.200 Mrd. (entrichtlich 70 Pf. für Drucker-
leben), durch Werbung 2.200 Mrd. entrichtlich 50 Pf. Werbegeld (ohne Werbungskostenabzug) bei
Tiefstschwankungen Verlust. Einheitsnummer 10 Pf. Auslegungspraktik: Die einzige 30 mm breite
Seite 25 Pf., für auskunfts 40 Pf., bis 90 mm breite Seitenpreise 200 Pf., außerhalb 250 Pf.
abz. Preisabschlag 10. Tafel. Sonnenanzeiger und Stellensuchte ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 15 Pf. Lieferungsgebühr 20 Pf. Wiederholte Anzeigen erfordern Bezahlung.

Druck u. Verlag: Blieck & Reichhardt,
Dresden, Volkmarsd. Str. 1088 Dresden
Rohrdruck nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Radebeul) gestattig. Unterlängste
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Das Programm für den Nationalfeiertag zur Überwindung der Klassengegensätze

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. April. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, in dessen Händen die Ausgestaltung des 1. Mai als Feiertag der nationalen Arbeit liegt, hat in den wesentlichen Punkten das Programm für diesen Tag fertiggestellt.

Der Gedanke, der der Feier des 1. Mai zugrunde gelegt wird, ist der, daß nicht die Wirtschaft unter Schluß ist, sondern daß das Schluß des deutschen Volkes der deutsche Mensch ist.

Wenn man sich dazu entschlossen hat, den Tag zum Feiertag zu erklären, an dem der internationale Marxismus die Arbeiterklasse auf die Straßen trummet, so soll das durchaus feinerlei Zugeständnis an die Psychologie des vernichtend geschlagenen Marxismus, der die Einschätzungen der nationalen Regierung nicht mehr an beeinflussen vermag, bedeuten. Der 1. Mai ist deshalb wie geschaffen zu einem Feiertag, weil er in die Zeit fällt, die für den nordischen Menschen den Frühlingsbeginn bedeutet. Er fällt in die Tage der Hoffnung und Erwartung, und mit Recht stellt sich die Regierung auf den Standpunkt, daß um diese Zeit auch die Feiertage fallen müssen, in denen eine bessere Zukunft gedacht werden soll. Am 1. Mai soll nicht das Arbeitsvergnügen, auch nicht der Arbeitsvorgang im Mittelpunkt unserer Gedanken stehen, sondern der deutsche Arbeiter selbst. Die Seiten, in denen man im technischen Arbeitsvorgang den Kern aller Dinge sieht, betrachten die nationale Regierung als endgültig vorbei.

Der deutsche Arbeiter, der vor Verdun und Plan-
tern ein guter Kamerad war, soll sich beweisen werden,
daß er ein vollberechtigtes Mitglied in der Zahl der
deutschen Stände darstellt

und daß ein geschlossener Einsatz aller Kräfte zum Wohle der Nation eben nur dann möglich ist, wenn die einzelnen Stände ihre Kräfte nicht in gegenseitigen Kämpfen aufreihen und zerstreuen. Diente bisher der 1. Mai dem Klassen-
kampf, so soll er von nun ab als Tag, an dem die Hände aller Schaffenden ruhen, der Überwindung der Klassen-
gegensätze dienen. Die Regierung will an diesem Tag ihre Verbundenheit mit den arbeiten-
den Menschen in Deutschland zum Ausdruck bringen und die Millionenarmee der Soldaten der Arbeit so ehren, wie sie und ihr schweres Werk es verdienen. Von diesem Leitgedanken ausgehend, wird auch das Programm des Tages im einzelnen gehalten.

Aus dem Programm

Am 1. Mai ist hervorzuheben: In Berlin sammeln sich zwischen 9 und 10 Uhr die Verbände in den Betrieben, um hierauf in Sternform zum Lustgarten zu marschieren, wo um 11 Uhr die große Morgenfeier der deutschen Arbeit mit einer Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels stattfindet.

Um 18 Uhr werden Abordnungen der deutschen Arbeiterschaft aus allen deutschen Städten, auch aus Deutschösterreich, vom Reichskanzler empfangen werden. Die Abordnungen werden im Flugzeug nach Berlin gebracht.

Von 17 bis 20 Uhr Sammeln und Anmarsch der Ver-
bände

nach dem Tempelhofer Feld,

auf dem die große Kundgebung stattfinden soll. Zu ihr sind bis jetzt 1 Million Menschen gemeldet. Der Reichskanzler wird zur deutschen Arbeiterschaft sprechen und die Mithilfe für das erste Jahr des vierjährigen Planes der Regierung ausgeben. Die Kundgebung beginnt mit dem gemeinsamen Gelang des Liedes: "Der Sohn der Eltern wachsen lebt." Danach wird eine Abordnung der Hitlerjugend neben der Kaiserappell, unter der Führer der Oberste Kriegsherr die Parade der Berliner Garnison abnehmen, eine junge Eiche zur Ehrengabe des Reichspräsidenten und als Sinnbild des neuen jungen Staates pflanzen. Darauf folgt die Rede des Kanzlers, der sich ein großer Tapferkeitsstrafe, ein Niesenfeuerwerk, sowie ein Fackelzug der Verbände durch die einzelnen Stadtteile Berlins anschaut. Diese große Kundgebung in Berlin, die durch den Rundfunk übertragen wird, wird ergänzt durch

Kundgebungen aller Landesregierungen.

Alle Städte des Reiches und die deutschen Vertretungen im Ausland werden zu Ehren der nationalen Arbeit feiern. Flaggen schmücken alle Kirchen und Tempel, die Volksmotive und Eisenbahnwagen, die Bahnhöfe und Verkehrsanlagen werden ebenso wie die Häuser der Städte mit Rahmen und Girlanden geschmückt sein. In den Arbeitsblöcken werden ebenso wie in den Großstädten Feierlichkeiten die Belegschaft zusammenrufen, um den Gedanken der Arbeit für Volk und Staat eindringlich zu bestreiten. An den Feierlichkeiten werden sämtliche nationalen Verbände, SA, SS, Stahlhelm, Kreisbauernbund, die Turn- und Sportverbände, die Kunungruppen usw. teilnehmen.

Der Rundfunk wird ganz und gar in den Dienst des Feiertags gestellt werden. Wie alle Feierlichkeiten, so wird auch der Empfang der Arbeiterdelegationen beim Reichskanzler von allen deutschen Sendern übernommen werden.

Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund aufgelöst

Abschluß an die nationalsozialistischen Bauernschaften

München, 12. April. Der Geschäftsführende Ausschuß des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes hat die Auflösung der Partei beschlossen. Den Abgeordneten stellt die Bundesleitung den Übergang in die Organisationen der Parteien der nationalen Revolution anheim. Den Mitgliedern dagegen empfiehlt sie den Beitritt zu den nationalsozialistischen Bauernschaften.

Der Bayerische Bauernbund ist im Jahre 1888 aus der Opposition der kleinbürgerlichen Zentrumswahlern in Südbayern gegen die Handelspolitik des Reichskanzlers Caprivi entstanden, 1919 beteiligte er sich in Bayern an der sozialistischen Regierung Hoffmann und ebenso an den folgenden bürgerlichen Ministerien bis zum August 1930, in denen er wieder den Landwirtschaftsminister hielte. Während der Bayerischen Bauernbund in dem Landtag von 1928 noch mit 17 Abgeordneten vertreten war, konnte er in den Landtag von April 1932 nur noch neun Vertreter entsenden, in dem lediglich gleichgeschalteten Bayerischen Landtag würde der Bauernbund nur noch zwei Abgeordnete haben.

Auflösung der Bayernwacht

München, 12. April. Die zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Landesleitung der Bayernwacht, der Wehrorganisation der Bayerischen Volkspartei, geführten Verhandlungen für ein etwaiges Weiterbestehen dieser Organisation haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Auflösung der Bayernwacht nunmehr durchgeführt werden muss. Da die Landesleitung im Einvernehmen mit der Staatsregierung die Auflösung bis jetzt abgeklopft hatte, wird als Zeitpunkt für die vorsorgliche Auflösung der 18. April 1933, 6 Uhr abends, bestimmt. Der Landesleiter der Bayernwacht, Ritter v. Ley, erläutert einen Aufruf, in dem es zum Abschluß heißt: "Die Auflösung ist nunmehr zu dem angegebenen Zeitpunkt restlos durchzuführen. Die zahlreichen Anfragen wegen der Teilnahme an anderen mehrpolitischen Organisationen kann die Landesleitung nicht beantworten. Möge jeder Kamerad nach seinem christlich-nationalen Gefühl die Entscheidung treffen."

Die Gleichschaltung im DBB.

Berlin, 12. April. Der neue Verbandsvorsteher des Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverbandes, Willi W., hat folgende Anordnungen getroffen: Aus der Verbandsleitung schieden aus: Habermann, Thiel und Bött. In die Verbandsleitung treten ein der Reichsstaatsabgeordnete Stöhr und Biegler. Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Hannemann, tritt zurück. Die Vertretung der Verbandsleitung in Berlin, die Lambach bisher übertragen war, wird aufgehoben. Die Verbindungen zum DBB. und seinem Blatt "Der Deutsche" werden gelöst.

Das neue Studentenrecht

Berlin, 12. April. Von außerordentlicher Bedeutung für die Neuordnung des Hochschulwesens ist das neue Studentenrecht. Es wird für Preußen am Mittwoch veröffentlicht. Die wesentlichen Grundätze sind folgende: Die Deutsche Studentenschaft wird wieder errichtet. Das neue Studentenrecht beruht nicht auf dem Prinzip des Staatsbürgers, sondern des Volksbürgers. Damit wird nicht nur das Reich erlahmt, sondern es werden auch die österreichischen Studenten einbezogen. Die neue Studentenrechte ist großbürgerlich. Für die nächsten Jahre werden auch die Abstimmungen ausgeschaltet, die das Universitätsleben in den letzten Jahren immer wieder beeinträchtigt haben. Die gegenwärtig lebenden Studenten werden in ihren Stellungen unangetastet autoritär eingefestigt. Sie geben dann ihr Amt weiter. Damit tritt an die Stelle des demokratischen das Führerprinzip.

Razzia in Berliner Laubengesellschaften

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. April. Vor der Berliner politischen Polizei wurde heute vormittag überraschend eine erneute große Razzia im Norden Berlins vorgenommen, die sich hauptsächlich auf die stark von Kommunisten bewohnten Laubengesellschaften in Tegel und Pankowalde erstreckte und der Durchsuchung nach Waffen, illegalen Druckschriften und sonstigem Verlegungsmaterial sowie Vermietungsmaterialien auf Herstellung derartiger Schriften und von Blättern galt. Erfahrungsgemäß hatten die Besitzer derartiger Materials die Laubengesellschaften als Versteck benutzt. Das in Frage kommende Gebiet wurde schlagartig von den Beamten besetzt und die Lauben planmäßig durchsucht, wobei alle Personen, die sich nicht genügend ausweisen konnten, zunächst festgenommen wurden und das Passieren der Abhörlinie nur unter starker Kontrolle gestattet wurde. Gefunden wurden Pistolen und Kleinkalibergewehre sowie eine große Anzahl von Messer- und Stichwaffen, die zum Teil verstckt oder vergraben waren. Ferner wurde zahlreiches illegales Material entdeckt. Zwei Personen wurden angesetzt, das abschließende Ergebnis der Razzia steht jedoch noch aus.

Oberregierungsrat Diels, der Leiter der politischen Polizei, gewährte im Abschluß an die Aktion einen Pressevertreter eine Unterredung über die zukünftige Arbeit der politischen Polizei. Er wies darauf hin,

dah die Zahl der politischen Überfälle auf ein noch nicht dagewesenes Maß gesunken ist.

Das preußische Inneministerium wird demnächst mit einer Statistik der politischen Überfälle herauskommen, die auch Vergleiche mit früheren Jahren bringt. Diese Statistik dürfte die Offenkundigkeit geradezu verblassen.

Die deutsch-englischen Handelsverhandlungen abgeschlossen. Die deutsch-englischen Handelsverhandlungen sind abgeschlossen. Handelsminister Rückert wird am Mittwoch nachmittag eine Mitteilung darüber im Unterhaus machen.

England sperrt die sowjetrussische Einfuhr. Das Oberhaus hat das Gesetz über das Verbot der Einfuhr sowjetrussischer Erzeugnisse in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Durchführung des Beamtengegesetzes

Berlin, 12. April. Im Reichsgesetzblatt wird die erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenamtes vom 7. April veröffentlicht. Die Verordnung besagt:

§ 1

Ungeeignet sind alle Beamten, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Freiwilligorganisationen angehören. Sie sind daher zu entlassen.

§ 2

1. Als nichtarisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nichtarisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat.

2. Wenn ein Beamter nicht bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen ist, hat er nachzuweisen, daß er arischer Abstammung oder Frontkämpfer, der Sohn oder Vater eines im Weltkriege Gefallenen ist. Der Nachweis ist durch die Vorlegung von Urkunden (Geburtsurkunde und Heiratsurkunde der Eltern, Militärapplikate) zu erbringen.

3. Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rasseforschung einzuholen.

§ 3

1. Bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 1 gegeben sind, ist die gesamte politische Tätigkeit des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918, in Betracht zu ziehen.

2. Jeder Beamte ist verpflichtet, der obersten Reichs- oder Landesbehörde (§ 7) auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, welche politischen Parteien er bisher angehört hat. Als politische Parteien im Sinne dieser Bestimmungen gelten auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Richter-

bund und die Liga für Menschenrechte.

Alle Verhandlungen, Urkunden und amtliche Bescheinigungen, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich werden, sind gebühren- und stempelfrei.

Das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz

Berlin, 12. April. Im Reichsgesetzblatt wird das Gesetz über Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 10. März 1931 veröffentlicht. Im Artikel 1 des Gesetzes wird, wie schon bekannt, bestimmt, daß Personenkraftfahrer und -fahrräder am Landesamt (ausgenommen Kraftomnibusse), die nach dem 31. März 1933 erstmalig zum Verkehr zugelassen sind, von der Steuer bestellt sind. Weiter belässt dieser Artikel, daß die Steuer für das halbe Jahr die Hälfte der Jahressteuer ausgänglich eines Aufwandes von 3 v. H. für das Vierfuhrwerk ein Viertel der Jahressteuer mit einem Aufwand von 6 v. H. und für den Monat ein Achtel der Jahressteuer mit einem Aufwand von 3 v. H. beträgt. Der Mindestbetrag für eine Steuerkarte ist 5 RM.

Artikel 2 und 3 regeln die Stellung der Kraftfahrzeugsteuer im Finanzausgleichsgesetz und den Anteil der Länder an der Kraftfahrzeugsteuer.

Artikel 4 sieht eine Hilfe für Kraftfahrschulen unternehmer vor.